

2

1Die Jahreshauptversammlung der Jusos im UB Bremen-Stadt möge be-
2schließen:

3

4Elternunabhängiges BAföG jetzt!

5

6Das Bundesausbildungsförderungsgesetz ist dahingehend zu reformieren,
7dass sämtliche Leistungen unabhängig vom Einkommen der Eltern ge-
8währt werden. Dabei ist die Höhe der Zahlungen so zu erhöhen, dass je-
9dem Studierenden eine bedarfsdeckende Ausbildungsfinanzierung zu-
10kommt.

11

12Begründung:

13Die zum Wintersemester 2008/09 erfolgte zehnpromzentige Anhebung der
14BAföG-Leistungen und die Ausweitung der Bezugsberechtigung waren ein
15wichtiger und richtiger Schritt zu mehr Chancengleichheit im Bildungssys-
16tem. Doch das Kernproblem existiert weiter: Die Einkommensgrenzen sind
17zu niedrig, sie erfassen viel zu wenige Schulabgänger. Im Anschluss an die
18soziale Ungleichheit im Schulsystem werden junge Menschen aus niedri-
19gen und mittleren Einkommenschichten auch nach Erlangen einer Hoch-
20schulreife nicht ausreichend ermutigt, ein Studium aufzunehmen.

21Ein allgemeines elternunabhängiges BAföG würde jeden Schulabgänger
22mit Hochschulzugangsberechtigung zur Aufnahme eines Studiums ermuti-
23gen und zu dem erwünschten signifikanten Anstieg der Studierendenquo-
24te führen. Es würde besonders den Einkommensgruppen der unteren Mit-
25telschicht zugute kommen, die von den BAföG-Regeln nicht mehr erfasst
26werden. Es erleichtert die Situation nicht nur für die immer größer wer-
27dende Zahl von Scheidungskindern, sondern auch für all diejenigen, die
28sich mit ihren Eltern nicht über den Unterhalt einig werden; denn vor der
29Option, gegen die eigenen Eltern juristisch vorzugehen, stehen natürliche
30Hemmschwellen.

31Elternunabhängiges BAföG ist allerdings nach wie vor ein Ausnahmefall.
32Neben Sonderbestimmungen etwa für Vollwaisen gibt es lediglich für be-
33stimmte nachträgliche Ausbildungsabschnitte und unter Einhaltung strikter
34Begrenzungen eine solche Förderung. Eine deutliche Ausweitung der Re-
35gelungen ist daher dringend notwendig. Eine sozial gerechte Finanzierung
36könnte dabei etwa durch eine bildungsspezifische Steuer für hohe Ein-
37kommensgruppen – wie aktuell gefordert – sichergestellt werden.